

Der Hase läuft – Obamas Jahresbilanz (Teil 1)

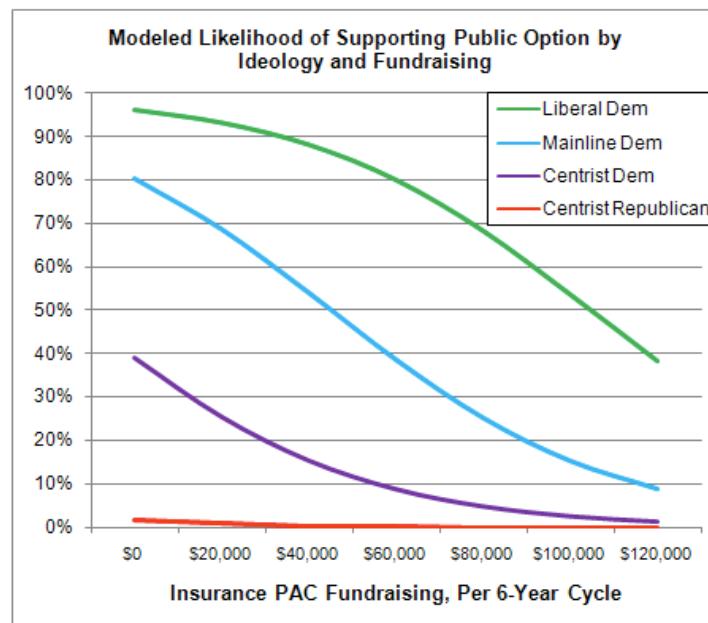
Obama ist nun etwas über ein Jahr im Amt. Es wird Zeit, eine Bestandsaufnahme zu machen. Es sei vorweggenommen, dass von rauschenden Festen und einem gewissen Hollywood Glamour keine Rede mehr sein kann. Die allgemeine Stimmung im Land ist eher düster. Man spricht hier wie auch im Ausland von enttäuschten Erwartungen. Das war für jeden, der nicht blauäugig ist, zwar vorauszusehen, ändert aber nichts an der Tatsache, dass eine Gesellschaft, die immer ungeduldiger sofortige und möglichst mundgerechte, leicht verdauliche Lösungen für zähe und weit zurückreichende Probleme fordert, Obama für Dinge zur Rechenschaft zieht, die er nicht in einem Jahr aus der Welt schaffen kann. Das kann niemand. Auch große und kleine unvorhergesehene Ereignisse kommen ohne Vorwarnung den besten politischen Plänen in die Quere. Wer hat den Gang der Geschichte schon in der Hand? Fast noch schlimmer ist, dass dazu die bis in die niedrigsten, hasserfüllten Ebenen der Rhetorik sich bedienende Opposition kommt, die nicht nur am liebsten jede Naturkatastrophe Obama in die Schuhe schieben möchte¹, sondern auch an Generalamnesie zu leiden scheint, indem sie geflissentlich vergisst, dass Kriege, Wirtschaftskrise und das Schwindel erregende Haushaltsdefizit zum größten Teil auf Kosten der Bush Jahre gehen. Obwohl man annehmen kann, dass es Republikaner und einige konservative Demokraten in der Regierung gibt, die nicht bloß widerborstig sind, entblödet sich eine Anzahl von ihnen trotzdem nicht, verrückte Randgruppen wie z.B. die so genannten "Birthers" (Menschen, die allen Gegenbeweisen zum Trotz steif und fest behaupten, dass der Präsident kein legitimer Staatsbürger und sicher kein Christ ist), zynisch für ihre Zwecke auszunutzen, um ihrem Rassismus ein Mäntelchen von Rechtmäßigkeit umzuhängen.

¹ Das ist nicht so aberwitzig wie es klingt. Der durch sein Medienimperium einflussreiche Pfarrer und Prediger Pat Robertson, Gründer des Christian Broadcasting Network und 1988 republikanischer Präsidentenanwärter, gab schließlich den Menschen Haitis die Schuld am Erdbeben. Wegen ihres "Teufelspakts" der Rebellion gegen Frankreich (1803) und damit der Abschaffung der Sklaverei wären sie verflucht.



Selbst der Nobelpreis diente ihnen zur Behauptung, dass dem Präsidenten am Ausland mehr liege als am eigenen Land, als hätte er sich um den Preis beworben oder wäre dafür Kompromisse mit dem Rest der Welt eingegangen.

Nein, es steht nicht zum Besten. Die Parteiwirtschaft wuchert und gedeiht. Anstatt sich den dringenden aktuellen Problemen zu widmen, streuen die Gegner, wo immer sie können, Sand ins Getriebe. Es geht schon längst nicht mehr um Sachverhalte und Ergebnisse, sondern um pure Machtpolitik. Das traurigste Beispiel ist die sich dahinschleppende Reform des Gesundheitswesens. Auch hier spielen die eigentlichen Anliegen keine Rolle mehr. Die Lobbys der Versicherungs- und Pharmaindustrie wissen, wo sie ihr Geld gut anlegen. John McCain (R Arizona) erhielt von ihnen \$ 546.000 für seinen Wahlkampf, Mitch McConnell (R Kentucky) \$425.000. Aber auch Max Baucus (D Montana) sagte zu \$ 413.000 nicht nein. Die folgende Statistik zeigt das Verhältnis von PAC (Political Action Committee) Geldern und der Wahrscheinlichkeit, dass der Empfänger eine vom Staat finanzierte Krankenversicherung unterstützt.

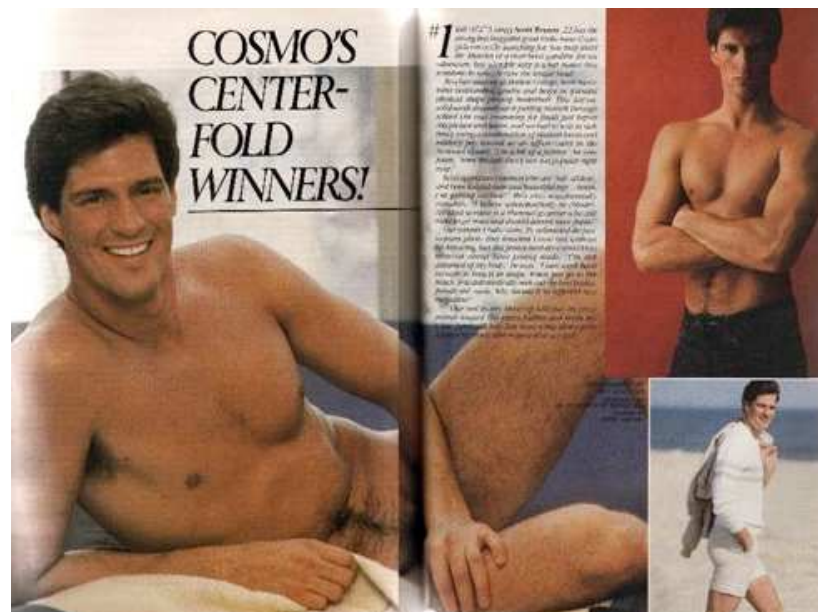


Im Klartext heißt das, wenn, sagen wir, ein Demokrat \$ 60.000 von PACs bekommen hat (im Vergleich zu keinem Geld), verringert sich seine Unterstützung einer staatlichen Prämie um ungefähr die Hälfte, von 80% auf 40%. In seiner Wahlkampfrede (1912) sagte Theodore Roosevelt: "Hinter der sichtbaren Regierung sitzt auf dem Thron eine unsichtbare Regierung, die dem Volk keine Treue schuldet und keine Verantwortlichkeit anerkennt. Diese unsichtbare Regierung zu vernichten, den gottlosen Bund zwischen korruptem Geschäft und korrupter Politik zu lösen, das ist die Aufgabe des Staatsmannes." Hundert Jahre später hat sich an dieser Herausforderung an den Präsidenten nichts geändert. Sie wird durch ein im Jänner dieses Jahres getroffene Entscheidung (5 zu 4) des obersten Gerichtshofs weiter erschwert: von nun an dürfen Korporationen uneingeschränkt Gelder in den Wahlkampf werfen. Die Begründung: sie seien wie jeder Einzelne zur Meinungsfreiheit berechtigt. Also Handelsgesellschaft = Individuum, und Geld = Sprache.

Ende letzten Sommers schien alles noch offener und versöhnlicher: eine Woche Urlaub auf Martha's Vineyard, eine redlich verdiente Pause. Das beliebteste Familienmitglied wurde mit Ehren empfangen,



im Café gab es den “Obama Muffin” und im mexikanischen Restaurant “Barack-o-Taco” und “Obama-rita” (Tequila, gequetschte Mandarinen, je ein Schuss Zitronen- und Limettensaft, Orangenlikör und Ananassaft). Doch noch in derselben Woche starb der Freund und Mentor Ted Kennedy, der in Sachen Gesundheitsreform erfahrene Berater und Mitstreiter. Nach 46 Jahren Kennedy im Senat nimmt nun im traditionell liberalen Massachusetts der Republikaner **Scott Brown** seinen Platz ein. Er kann sich zumindest sehen lassen.



Scott Brown 1982 – Heute: Senator in Massachusetts und Nachfolger von Ted Kennedy

Doch die demokratische Mehrheit, die Filibuster verhindert, jene Strategie, die durch endlose Verzögerungen und Reden jede Debatte sabotiert, ist dahin.

Wenn man aber genauer hinschaut, so hat Obama im ersten Amtsjahr mehr erreicht als jeder andere Präsident in den letzten fünfzig Jahren, z.B. die wieder locker gemachten Gelder für Stammzellenforschung und für Familienplanung im Ausland, ein grünes Licht für Californias strenges Abgasgesetz, das die Bush Regierung über sechs Jahre lang verhinderte, und ein Wirtschaftspaket, das die Arbeitslosigkeit nicht noch schlimmer werden lässt.

Es ist also nicht so, dass er auf den



gekommen ist.

Weitere Updates folgen demnächst.